



Gabriele Schmidt
Mitglied des Bundestages

„Schmidts Berliner Brief“ 9/17

I. Das Wichtigste zuerst

1. Pauschalbetrag für Berufsbetreuer erstmals seit 2005 erhöht

Zu Verbesserung der finanziellen Situation der Betreuungsvereine soll auf die Initiative der CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Betreuervergütung um 15 Prozent erhöht werden. Die Änderung ist am 18. Mai 2017 vom Deutschen Bundestag beschlossen worden und bedarf noch der Zustimmung des Bundesrates.

Nach über elf Jahren war eine Anpassung der Stundensätze nach dem Vormünder- und Betreuervergütungsgesetz (VBVG) mit Rücksicht auf die gestiegenen Kosten und die Einkommensentwicklung vergleichbarer Berufsgruppen dringend geboten. Nur so kann eine existenzsichernde Finanzierung der Betreuungsvereine sichergestellt werden.

Das Führen von Betreuungen durch Vereinsbetreuer ist erforderlich, damit die Vereine ihre vielfältigen Aufgaben, wie z.B. die Gewinnung ehrenamtlicher Betreuer, effektiv wahrnehmen können. Von den strukturellen Problemen in den Betreuungsvereinen konnte ich mir zuletzt bei einem Besuch des Katholischen Vereins für Soziale Dienste Landkreis Waldshut (SKM) persönlich ein Bild machen.

Die Erhöhung dient auch dem Ziel, eine möglichst hohe Qualität der rechtlichen Betreuung in Deutschland zu gewährleisten. Ohne die Vergütungserhöhung wären die Berufsbetreuer gezwungen, die allgemeine Lohn- und Preisentwicklung durch höhere Fallzahlen an Betreuungen auszugleichen, was Qualitätseinbußen zur Folge hätte. Darüber hinaus wird damit eine konsequente Ori-

Liebe Leserinnen und Leser,

herzlich willkommen zur aktuellen Ausgabe!

In den letzten Tagen und Wochen wird intensiv über die Situation in den Vereinigten Staaten diskutiert. Für uns ist klar: Die deutsch-amerikanischen Beziehungen sind ein fester Pfeiler unserer Außen- und Sicherheitspolitik. Deutschland wird weiter daran arbeiten, diese freundschaftlichen Beziehungen zu stärken. Gerade deswegen ist es aber auch richtig, Differenzen unter Freunden ehrlich zu benennen.

Zu Incirlik: Wir haben eine klare Position. Wenn die Türkei bei ihrem Nein zum Besuchsrecht von Abgeordneten des Deutschen Bundestages bei den in Incirlik stationierten Bundeswehrsoldaten bleibt, kann die Bundeswehr dort nicht bleiben. Die Bundesregierung sucht bereits alternative Standorte. Der Bundesaußenminister möchte mit der Türkei noch einmal verhandeln, weshalb es unverständlich ist, dass seine eigene SPD-Fraktion ihn dabei nicht unterstützen will. Wir lassen uns jedenfalls nicht drängen.

Nach über 27 Jahren im Ehrenamt des Landessprechers der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk für Baden-Württemberg ist Walter Nock im März in den Ruhestand verabschiedet worden. Bei der Verabschiedung ist er für seine herausragenden Verdienste als Landessprecher zum Ehrenlandessprecher für Baden-Württemberg ernannt worden. Dem THW und insbesondere Walter Nock ist es zu verdanken, dass der Transport des Weihnachtsbaums für die Landesvertretung Baden-Württemberg nach Berlin reibungslos und sicher verlaufen ist (s. 2).

*Herzliche Grüße, Ihnen allen ein frohes Pfingstfest
Ihre*

entierung der Betreuungsführung am Selbstbestimmungsrecht der Betroffenen im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention sichergestellt.

2. Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen – Keine Privatisierung der Autobahnen!



Mich erreichen aktuell viele Zuschriften, in denen die Sorge einer Privatisierung unserer Autobahnen im Zuge der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen geäußert wird. Eine Privatisierung der Autobahnen ist weder geplant, noch wird sie jemals eintreten. Im Rahmen der Neuordnung der Bund-Länderbeziehungen ist die Gründung einer Infrastrukturgesellschaft vorgesehen. Damit Autobahnen künftig schneller geplant und gebaut werden können, wird dem Bund die Verwaltung der Bundesautobahnen übertragen. Statt verflochtener Bundes- und Länderzuständigkeiten mit Doppelstrukturen und Reibungsverlusten werden die Kompetenzen effizient gebündelt. Dazu dient die neue Infrastrukturgesellschaft, die – wie auch die Autobahnen selbst – zu 100 Prozent in Bundeshand bleibt. Der Bund bleibt grundsätzlich abgesichert Eigentümer. Öffentlich-private Partnerschafts-Projekte (ÖPP-Projekte) auf einzelnen Streckenabschnitten bleiben weiterhin möglich. Für ÖPP wurden klare Begrenzungen definiert. So wird im Grundgesetz ein Ausschluss von sogenannten „Netz-ÖPP“ festgeschrieben. Den Faktencheck zur Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen finden Sie [hier](#).

II. Die Woche im Parlament (Auszug)

1. Gesetz zur Stärkung der betrieblichen Altersversorgung und anderer Gesetze (Betriebsrentenstärkungsgesetz). In zweiter und dritter Lesung haben wir grundlegende Veränderungen der betrieblichen Altersversorgung in Deutschland verabschiedet, die unter anderem das Sozialpartnermodell betreffen. Weitere Regelungsbereiche umfassen eine neue Geringverdienerförderung und die Optimierung der Riester-Rente mit Erhöhung der Grundzulage. Nähere Informationen finden Sie [hier](#).

2. Gesetz zu dem Übereinkommen des Europarats vom 11. Mai 2011 zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt. Um diese Formen der Gewalt einzudämmen und möglichst zu verhindern, haben wir in zweiter und dritter Lesung unseren Beitritt zum EU-Übereinkommen ermöglicht. Mit der Einführung des Grundsatzes „Nein heißt Nein“ in das Sexualstrafrecht haben wir bereits eine Maßnahme im Sinne des Übereinkommens in nationales Recht umgesetzt. Mit der Zustimmung zu diesem Europaratsübereinkommen verpflichten wir uns zu vorbeugenden Maßnahmen des Gewaltschutzes sowie dem Schutz und der Unterstützung der Opfer.

3. Abstimmungen im Deutschen Bundestag zum Thema Afghanistan. Am Donnerstagabend traf sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu einer Sondersitzung. Aufgrund einer Einigung zwischen dem Bundesminister des Auswärtigen und dem Bundesinnenminister und infolge des Terroranschlages in unmittelbarer Nähe der deutschen Botschaft in Kabul hat die Bundesregierung entscheiden, eine neue Bewertung der Sicherheitslage in Afghanistan vorzunehmen. Bis zur Vorlage einer neuen Lagebeurteilung und bis zur vollen Funktionsfähigkeit der deutschen Botschaft bleibt es nur noch bei der Förderung der Freiwilligen Rückkehr sowie Abschiebung von Straftätern und Gefährdern auf der Basis einer Einzelprüfung.

III. Sonstiges

1. Gespräch mit Schülerinnen und Schülern der Werkrealschule Görwihl und der Schlüchttal-Schule Grafenhausen



Gleich zwei Schülerklassen aus der Heimat haben mich diese Woche im Deutschen Bundestag besucht. Die Neuntklässler der Werkrealschule Görwihl (s. Bild links) interessierten sich für meine Aufgaben als Bundestagsabgeordnete in Berlin und im Wahlkreis. Wir haben außerdem über die aktuellen Pläne zum Neubau der Eisenbahnbrücke in Albbrock diskutiert. Überrascht zeigte sich die Schulklasse, dass das „Gehalt“ der Bundestagsabgeordneten nach dem Abgeordnetengesetz festgelegt und öffentlich einsehbar ist.

Sehr gut vorbereitet waren die Schülerinnen und Schüler der Schlüchttal-Schule Grafenhausen (s. Bild rechts). Neben persönlichen Fragen interessierte sich die Klasse für die Flüchtlingspolitik und Möglichkeiten der Beteiligung von jungen Menschen in der Politik. Ich kann die Jugendlichen immer wieder nur ermuntern, sich einzumischen und selber politisch aktiv zu werden.



2. Verabschiedung von Walter Nock aus dem Ehrenamt des Landessprechers der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk Baden-Württemberg

Im Beisein des stellvertretenden Ministerpräsidenten und Innenministers des Landes Baden-Württemberg Thomas Strobl und dem Präsidenten der THW-Bundesvereinigung e.V. Stephan Mayer MdB haben wir Walter Nock in Rahmen eines Empfanges in der Landesvertretung Baden-Württemberg verabschiedet. Ich bin Herrn Nock für die sehr gute Zusammenarbeit zutiefst dankbar. Wir bleiben uns freundschaftlich verbunden.



3. Arbeitskreis Lateinamerika – Gespräch mit einer Delegation aus Argentinien



Im Vorfeld der Reise der Bundeskanzlerin Angela Merkel nach Argentinien in der Pfingstwoche trafen wir vom Arbeitskreis Lateinamerika eine Delegation argentinischer Parlamentarier. Sie berichteten von der Öffnung des Landes seit der Präsidentschaft von Mauricio Macri. Das große südamerikanische Land plant große Investitionen in der Infrastruktur, besonders im Straßenbau und Luftverkehr, die

auch einem Ausbau des Tourismus dienen werden.

IV. Aktuelle Termine/Hinweise

1. Bürgersprechstunde



Kontaktieren Sie mich telefonisch oder besuchen Sie mich in meinem Wahlkreisbüro in Tiengen, um Ihre Anregungen, Kritik und Fragen direkt an mich heranzutragen. Vereinbaren Sie hierfür einen Termin unter 07741/835 2605 oder per E-Mail an gabriele.schmidt.ma04@bundestag.de
Ich freue mich auf Sie!

2. Meine Termine der nächsten Tage (Auswahl)

- | | |
|------------------|--|
| 2. Juni: | • Fest zum Ramadan mit dem Verein „Freunde des Friedens“, Birkendorf |
| 13. Juni: | • Vor-Ort-Aktion der CDA zur Reha bei psychischen und psychosomatischen Erkrankungen, Glottertal |
| 14. Juni: | • Gespräch mit Ehrenamtlichen aus dem Wahlkreis, Reichstag |
| 23. Juni: | • Mitgliederversammlung Frauen- und Kinderschutzhaus Kreis Waldshut e.V., Waldshut-Tiengen
• Benefiz OpenAir, Wutach-Schule Tiengen, Waldshut-Tiengen |
| 25. Juni: | • Mittelaltermarkt im Kloster Riedern am Wald |